

Stuttgart, 01.07.2014

Resolution:
**kein Fracking auf dem Gebiet der LHS und im Einzugsgebiet
der Stuttgarter Trinkwasserversorgung**

Beschlußvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Ausschuss für Umwelt und Technik	Vorberatung	öffentlich	15.07.2014
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	17.07.2014

Beschlußantrag:

Der Gemeinderat stimmt folgendem Beschlussantrag zu:

Die Stuttgarter Gemeinderätinnen und Gemeinderäte begrüßen den Beschluss der 82. Umweltministerkonferenz vom Mai 2014 in Konstanz, die Förderung von Rohstoffen mittels Fracking nicht zuzulassen. Die Umweltminister von Bund und Ländern wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen und stellten fest, dass Fracking kein ökologisch vertretbarer Weg ist.

Der Gemeinderat schließt sich dieser Auffassung an und spricht sich ausdrücklich gegen Fracking auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart samt dem Einzugsgebiet für ihre Trinkwasserversorgung aus.

Begründung:

Mit den VA-Sprechern aller Fraktionen wurde am 07.05.2014 vereinbart, dass die Verwaltung eine Resolution gegen den Einsatz von „Fracking“-Methoden vorlegt.

Mit o.g. Beschluss soll klargestellt werden, dass sich der Gemeinderat der LHS ausdrücklich gegen Fracking auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart samt dem Einzugsgebiet für ihre Trinkwasserversorgung ausspricht.

- Durch Fracking besteht die Gefahr, dass die zur Mobilisierung der Schiefergase aufzubringenden hydraulischen Drücke sowie einzusetzenden Chemikalien die Grundwasserströme, die Stockwerkstrennung, die Grundwasserqualität sowie den Aufstieg von Kohlensäure negativ beeinträchtigen. Dadurch kann es

dauerhaft zu qualitativen und quantitativen Schädigungen der Heilquellen kommen.

- Die Stadt deckt ihre Trinkwasserversorgung über die Zweckverbände Bodensee-Wasserversorgung (ca. $\frac{3}{4}$) und Landeswasserversorgung (ca. $\frac{1}{4}$). Daher besteht ein herausragendes Interesse am Bestand dieser Wasserversorgung auch im Bereich der Grundwasservorkommen am Südrand der Schwäbischen Alb (Donauried Langenau) und im Alpenvorland (Bodensee).

Finanzielle Auswirkungen

-

Beteiligte Stellen

-

Vorliegende Anträge/Anfragen

Antrag 153/2014 SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft vom 06.05.2014.

Erledigte Anträge/Anfragen

Antrag 440/2012 SPD-Gemeinderatsfraktion vom 18.12.2012 mit Stellungnahme des Oberbürgermeisters vom 07.05.2013.

Bürgermeister
Matthias Hahn

Anlagen

-